

Pressemitteilung

Bauindustrie Hessen-Thüringen: „Bauen wird deutlich teurer“ Investitionen der öffentlichen Hand nicht zurückfahren!

Wiesbaden, 14.06.2021

Auch im Internet abrufbar: www.bauindustrie-mitte.de

Am 11. Juni wurde das Lieferkettengesetz vom Deutschen Bundestag beschlossen. Die Politik legt der Bauwirtschaft eine globale Kontrollpflicht auf, der sie selbst nicht nachkommen kann oder will. Am 11. Juni wurde ebenfalls die Mantelverordnung (Verordnung zur Einführung einer Ersatzbaustoffverordnung, zur Neufassung der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung und zur Änderung der Deponieverordnung und der Gewerbeabfallverordnung) vom Deutschen Bundestag verabschiedet. Die Forderung der Bauwirtschaft fand auch hier kein Gehör: Es gibt fortan keine rechtssicheren Regelungen für das Ende der Abfalleigenschaft von gütegesicherten Recyclingbaustoffen, es fehlt eine rechtliche Klarstellung, wer bei Bauvorhaben Abfallerzeuger ist, es mangelt an einem einheitlichen, praxistauglichen Analyseverfahren ebenso wie an einer Bund-Länder-Deponiestrategie zur Vermeidung von Entsorgungsengpässen.

Der Bau war in der Pandemie eine Schlüsselbranche und der Konjunkturmotor. Die größte Herausforderung in Zeiten von Corona

bestand im erhöhten Organisationsaufwand (hinsichtlich Anfahrt, Unterbringung, Hygiene und Arbeitsschutz, Baustellenbetrieb, stärkerer Nutzung von Homeoffice) und in den vielfältigen kleineren bzw. nur vorübergehenden Beeinträchtigungen (Material- und Personalengpässe, erhöhter Krankenstand, Quarantäneauflagen, vereinzelte Baustellenschließungen, Verzögerungen bei Subunternehmern, Auftraggebern und Behörden. „Allerdings sind die Aussichten ungewiss. Zwar hatte die Bundesregierung mit ihren Erlassen zum Bauvertragsrecht, zum Vergaberecht und zu Corona-Mehrkosten dem Lockdown Rechnung getragen, aber nun bekommen wir Regelungen, die auf die praktischen Anforderungen von Bauprojekten nicht ausgerichtet sind, die zunächst allein die Bauunternehmen belasten, die in der Folge das Bauen für die privaten und öffentlichen Bauherren spürbar verteuern werden“, kritisiert Dr. Burkhard Siebert, Hauptgeschäftsführer des Bauindustrieverbandes Hessen-Thüringen (BIV).

„Und das in einer Zeit, in der die Baumaterialien deutlich teurer geworden sind. Stark steigende Preise für Produktgruppen in den Bereichen Stahl, Holz und Produkten auf Erdölbasis gehen einher mit Materialverknappung bis hin zum Ausfall zugesagter Lieferungen.“ Im Mai 2021 haben laut einer ifo-Umfrage (<https://www.ifo.de/node/63317>) 23,9 Prozent der Firmen im Hochbau und 11,5 Prozent im Tiefbau eine Behinderung ihrer Tätigkeit durch Materialknappheit gemeldet. Dieser Trend hält an. Die aktuelle Geschäftslage im Bauhauptgewerbe bewerten die Firmen zwar aktuell positiv, die Geschäftserwartungen für die kommenden sechs Monate hingegen negativ. Burkhard Siebert betont, dass es umso wichtiger sei, dass der Investitionshochlauf der öffentlichen Hand fortgeführt werde. „Denn der Wettbewerb um öffentliche Aufträge verschärft sich.

Die Bauindustrie sieht bei den öffentlichen Vergabeverfahren eine signifikante Zunahme an Bewerbern und infolgedessen einen erhöhten Preisdruck. Zugpferd für die Branche ist aktuell der private Wohnungsbau, regelrecht eingebrochen ist der Wirtschaftsbau. Die Bauunternehmen brauchen jetzt klare Signale, dass von der öffentlichen Hand weiter investiert wird, und zwar auf allen Ebenen.“

Der Bauindustrieverband Hessen-Thüringen geht davon aus, dass die Umsätze im Bauhauptgewerbe 2021 gegenüber dem Vorjahr real um etwa 2 Prozent schrumpfen werden.